

**SPD-Fraktion im Rat der
Landeshauptstadt Hannover**

**Bündnis 90/Die Grünen Fraktion
im Rat der Landeshauptstadt Hannover**

Hannover, 17.01.2010

In den

- Gleichstellungsausschuss
- Organisations- und Personalausschuss

**Haushaltsplan 2011 - Ergebnishaushalt
Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates
der Landeshauptstadt Hannover zur DS 1583/2010**

Teilhaushalt: 18 Steuerung, Personal und Zentrale Dienste

Produkt: 11113 Gleichstellungsangelegenheiten

Antrag zu beschließen:

Folgende Ansatzveränderung vorzunehmen:

Der Aufwand in Höhe von	108.200 Euro	
wird um	30.000 Euro	
auf insgesamt	138.200 Euro	erhöht.

Die zusätzlichen Mittel werden dem Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. für eine Stelle für das Beratungsangebot „Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen“ zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Der im Zuwendungsverzeichnis unter 3.4 geführte Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. beabsichtigt die Ausdehnung des Angebotes zum Thema „Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen mit Behinderungen“ in Hannover. Dieses zielgerichtete Angebot wird in Hannover nur vom Notruf vorgehalten. Da dieses Thema aus der Tabuzone geholt wird, wird die Beratungsstelle auch immer häufiger von Beratungssuchenden frequentiert. Zum weiteren Ausbau dieses Arbeitsschwerpunktes sowie der weiteren Professionalisierung der Prävention, Stärkung und Unterstützung von Betroffenen, Angehörigen und professionellen Bezugspersonen ist daher eine Stelle erforderlich.

Die Situation der Mädchen und Frauen mit Behinderungen ist gekennzeichnet u. a. durch eine erhöhte Abhängigkeit und Fremdbestimmung, Isolierung, körperliche und/oder kommunikative Einschränkungen, mangelndes Körperbewusstsein und durch Erziehung geprägte Faktoren. Dieses äußerst sensible Thema erfordert ein einschlägig qualifiziertes Personal, um ein kontinuierliches Beratungs- und Fachberatungsangebot zu gewährleisten.

Eine in der EU durchgeführte Untersuchung (2007) kam zum Ergebnis, dass 80 % der Frauen mit Behinderungen Opfer physischer oder psychischer Gewalt sind, 64 % waren es in einer älteren deutschen Studie.

Die Stadt Hannover ist der Deklaration von Barcelona „Die Stadt und die behinderten Menschen“ im März 2005 beigetreten. Mit diesem Beitritt verpflichtet sich die Stadt, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen wesentlich zu verbessern.

Christine Kastning
Fraktionsvorsitzende

Lothar Schlieckau
Fraktionsvorsitzender